

Danziger Zeitung.



Nr. 18865.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inferate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseratsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 24. April. (Privattelegramm.) Die Bestätigung des Stadtrath Wittig-Danzig zum Oberbürgermeister von Posen wird mit Sicherheit in kurzem erwartet.

Berlin, 24. April. (W. L.) Es verlautet, da die Reichsregierung principiell für Belebung der Weltausstellung in Chicago sei, werde dem Bundesrath demnächst eine darauf bezügliche Creditsforderung zugehen.

Hamburg, 24. April. (W. L.) Ein Berliner Telegramm des „Hamburgischen Correspondenten“ heilt aus sicherer Quelle mit, daß in Berliner politischen Kreisen von einer Verzögerung in der Absendung des deutschen Geschwaders nach Chile nichts bekannt ist, vielmehr werde vom Auswärtigen Amte auf die schleunigste Ankunft des Geschwaders in Chile nach wie vor großer Werth reagiert.

Paris, 24. April. (Privattelegramm.) Die sozialistische Gruppe der Guesdisten hielt gestern eine Versammlung ab, um den Abfall der übrigen Socialisten zu brandmarken, welche Streit in das Proletarierlager bringen und die Pariser Arbeiter von den Provinzarbeitern trennen.

Heute findet eine große Versammlung von Vertretern der Rhonemündung statt, um eine Freihandelsadresse an das Ministerium gegen die übertriebenen Schutzzölle aufzusezen.

Brüssel, 24. April. (Privattelegramm.) Prinz Victor Napoleon unterläßt es, ein Manifest an das französische Volk zu richten, weil die belgische Regierung ihm bedeutete, daß durch ein solches sein hiesiges Amtsvorrecht verwirkt werde.

Petersburg, 24. April. (Privattelegramm.) Auf Wunsch des Thronfolgers ist der Besuch des Kaiserpaars in Finnland bis zur Rückkehr des Thronfolgers verschoben worden.

Politische Uebersicht.

Danzig, 24. April. Der lezte Tag der Debatte über die Landgemeindeordnung im Abgeordnetenhouse hat noch einen recht muntern Verlauf genommen. Je schärfer die Ohrnacht der Landräthe der Landgemeindeordnung gegenüber hervortritt, um so eifriger sind dieselben bemüht, zu verhindern, daß die Ausführung des Gesetzes — auf die ja sehr viel ankommt — in den Händen eines Ministers verbleibe, der nicht einmal Landrat gewesen ist und den Interessen der Großgrundbesitzer als „Doctrinär“ gegenübersteht. Herr Landrat Bohr hat gestern eine fulminante Rede gegen die Daseinlichkeit der Gemeindevertretungen — die Daseinlichkeit der Gemeindeversammlungen (in Gemeinden unter 40 Mitgliedern) ist schon in der zweiten Lesung beschlossen worden — gehalten, die man zufreden erst wird beurtheilen können, wenn der stenographische Bericht vorliegt. Die Daseinlichkeit ist, nach seiner Ansicht, die Einbruchstür der Sozialdemokraten in die ländlichen Gemeinden. Aber jeder blamirt sich, so gut er kann. Das eigentlich Charakteristische an der Debatte war die demonstrative Feindseligkeit der Herren Bohr und v. Rauchhaupt — beides Landräthe — gegen ihren Vorgezogenen, den Minister des Innern. Die Bravos und Zuruhe der Rechten nahmen einen für den Minister geradezu beleidigenden Charakter an, so daß man Herrn Herrfurth, der sich nicht aus seiner Ruhe bringen ließ, etwas mehr Verze hätte wünschen können. Herr Bohr, der in seiner Eigenschaft als Landrat und demnach als geborener Vorsitzender des Kreisausschusses hätte wissen müssen, daß die Sitzungen der Kreisausschüsse öffentlich sind, verwies Minister Herrfurth auf die auch für die Gemeindevertretungen geltenden Bestimmungen über die Handhabung der Sitzungspolizei, die die Mittel in die Hand gebe, tendenziös falschen Berichten vorzubeugen, und ersuchte ihn, den Herrn Landrat Bohr darüber zu belehren. Und als der Abg. Ricket sich darüber aufhielt, daß ein Landrat mit den gesetzlichen Bestimmungen auf so schlechtem Fuße stehe, gestattete sich Herr Bohr eine so höfliche Bemerkung gegen Herrn Ricket, daß ihm ein Ordnungsruß des Präfidenten zu Thell wurde. Ein Versuch Rauchhaupts, seinem Collegen und Parteigenossen zu Hilfe zu kommen, mischläng vollständig. Schließlich wurde allerdings der Antrag Ricket, die Regierungsvorlage wiederherzustellen, d. h. die Daseinlichkeit auch der Gemeindeversammlungen (nach der Regierungsvorlage) zu beschließen, abgelehnt, nachdem der Minister seine eigene Vorlage preisgegeben hatte. Indessen wurde der Besluß weiterer Lesung infsofern abgeändert, als, wie Herr v. Huene, der sich gestern an der Rechten rächt, beantragt hatte, jedem großjährigen männlichen Gemeindeangehörigen, wenn er nicht Mitglied der Gemeindeversammlung ist, das Recht zugesetzt, an den Sitzungen der Versammlungen als Zuhörer teilzunehmen. Die Niederlage der Herren Bohr u. Gen. war damit vollständig.

Zur schmerzlichen Überraschung der Conservativen erklärte bei der Berathung über Titel und Eingang des Gesetzes der Abg. Bachem im Namen des Centrums, namentlich der Mitglieder aus den westlichen Provinzen, daß sie für die Landgemeindeordnung für die östlichen Provinzen „nein“ würden, aber ohne jedes Präjudiz für die Gestaltung der ländlichen Gemeindeverhältnisse im

Westen, was Minister Herrfurth für formell zu treffend erklärte.

Über die in der heutigen Sitzung vollzogene Abstimmung über das ganze Gesetz geht uns beim Schluß der Redaction folgende Mittheilung zu:

Berlin, 24. April. (Privategramm.) Die Landgemeindeordnung wurde heute in der Abstimmung mit 327 gegen 23 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Abgg. Schalcha (Centr.), Gerlich (freicons.), Bohr (cons.) und einige andere Conservative. Die Freisinnigen und Nationalliberalen stimmten geschlossen dafür.

Zum Abschluß der Arbeiterschuhdebatte im Reichstage

schreibt unser Berliner — Correspondent:

Der zweite Tag der Berathung über den § 153 der Gewerbeordnung (Aufreihung zu Coalitions) gehörte — von den Reden der Socialdemokraten Förster und Stadttagen abgesehen — fast ganz der für die Regierungsvorlage stimmenden Minorität. Abg. Dr. Hammacher kam dabei auf die neuen, bisher nur partiellen Strikes im westfälischen Kohlengebiet, die er ausschließlich auf den von der socialdemokratischen Agitation geährten dumpfen Geist der Unzufriedenheit zurückführte. Hammacher, der die Zustände im Ruhkohlengebiet kennt, schien der Ansicht zu sein, daß die Socialdemokraten, die den Strike nur für jetzt nicht wollten, weil die Organisation der Arbeiter noch zu sehr im Rückstande sei, die Geister, die sie gerufen, nicht mehr los werden könnten. Einen allgemeinen Strike hielt er nicht für ausgeschlossen. Angesichts dieser Vorgänge, meinte er, müsse man erst recht für die Verschärfung des § 153 stimmen. Die Ablehnung sah er allerdings voraus, fürchtete aber, in einigen Jahren würde man noch viel schärfere Bestimmungen annehmen müssen, was Herr Stumm in der gewohnten Übertriebung dahin erweitere, daß sehr bald die Zeit kommen werde, wo die Arbeiter selbst im eigenen Interesse die Aufhebung des Coalitionsrechts beantragen würden. Gehr treffend hob Stumm hervor, daß die Socialdemokraten mit der Londoner Broschüre über die Günden der Berliner Metallindustriellen schlechte Geschäfte gemacht hätten. Vom Bundesrath sprach nur der Hamburgische Bevollmächtigte Dr. Burchard, der am Dienstag mit seinen rein sachlichen Ausführungen geschickt dargestellt hatte. Auch der erste Theil seiner heutigen Rede bekränkte sich auf die Schilderungen socialdemokratischer Ausschreitungen in Hamburg, Bebelische Blasphemien u. dgl., aber der hochpolitische Schluß der Rede, die der Präsident gegen die Unterbrechungen der Socialdemokraten nicht zu schützen vermochte, machte selbst die Rechte unruhig, während man auf der Linken über Bismarck II. scherzte. Herr v. Puttkamer soll gefragt haben, wenn er wieder einmal Minister werde, würde er sich beeilen, Herrn Burchard für einen Landratsposten zu gewinnen. In der namentlichen Abstimmung gab das Centrum den Ausschlag gegen die Regierungsvorlage.

Die zweite Berathung des Arbeiterschuhgesetzes wurde mit einem „Auff“ der Erleichterung geschlossen; die dritte, zu der angeblich noch zahlreiche Abänderungs-Anträge in Aussicht stehen, wird Montag in acht Tagen beginnen.

Aufgebrauchte Fonds.

Einer derjenigen Reichsfonds, welche aus der französischen Kriegskostenabschöpfung gebildet wurden, der Festungsbaufonds, hat aufgehört, einen Bestand aufzumessen. Durch Gesetz vom 30. Mai 1873 wurde der Fonds zur Umgestaltung und Ausrüstung der deutschen Festungen mit Ausnahme der im Elsaß-Lothringen befindlichen gebildet. Noch am Schlusse des Jahres 1887/88 wies der Festungsbaufonds einen Bestand von 6.2 Millionen, am Schlusse 1888/89 2.5 Millionen auf. Nach dem neuesten Bericht der Reichsschuldencommission ist dagegen der Bestand völlig erschöpft. So ist der Festungsbaufonds der zweite der Reichsfonds, welcher zu bestehen aufgehort hat. Der erste war der Reichseisenbahnbaufonds. Einen Bestand weisen nunmehr nur noch der Reichsinvalidenfonds, der Reichstagsgebäudefonds und der Reichskriegsschatz auf. Unter normalen Verhältnissen wird von diesen zunächst der Reichstagsbaufonds aufgebraucht werden. Am Schlusse des Jahres 1889/90 betrug derselbe noch 15.7 Millionen. In den Ets für 1890/91 und 1891/92 sind insgesamt davon 2.5 Millionen bewilligt. Der Nachtragsetat, welcher gegenwärtig dem Bundesrath vorliegt, will weitere 1.2 Millionen verwenden wissen, so daß am Schlusse des laufenden Etsjahres vom Reichstagsbaufonds voraussichtlich noch etwa 12 Millionen vorhanden sein werden.

Der Geburtstag des Königs von Sachsen.

König Albert von Sachsen hat gestern seinen 63. Geburtstag gefeiert, zu welchem auch der Kaiser sich nach Dresden begeben hat. Die Ankunft des Monarchen erfolgte Morgens 9 Uhr auf dem böhmischen Bahnhofe. Die Königin Carola und Prinz Georg von Sachsen mit Familie erwarteten den Kaiser an der Haltestelle Strehlen und geleiteten denselben nach der königlichen Villa, während das kaiserliche Gefolge sich nach dem Residenzschloß begab. Um 12 Uhr war Königsparade, die unter dem Befehl des Generalleutnants v. Renzler auf dem Alaunplatz abgehalten wurde. Der Kaiser nahm einen glänzenden Verlauf. Der Kaiser führte sein Grenadierregiment Nr. 101 dem Könige persönlich vor. Außer dem Prinzen Georg wohnten auch die Prinzen Friedrich August, Johann Georg und Moritz, sowie die Prinzessin Mathilde der Parade bei. Um

4 Uhr fand Tasel in der Villa Strehlen statt, an welcher der Kaiser, der König und die Königin, sämmtliche Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, der Großherzog von Oldenburg, die Herzogin Adelheid, die Prinzessin Feodora von Schleswig-Holstein thollnahmen. Die Abreise des Kaisers nach Eisenach erfolgte Abends 7 Uhr.

Anlässlich des Geburtstages des Königs hatten die öffentlichen Gebäude Dresdens, wie auch viele Privathäuser Flaggenfahnen angehängt. Die Capellen der Leibregimenter brachten dem Könige in Villa Strehlen ein Ständchen, woselbst bereits Prinz Georg mit Familie sich zur Gratulation eingefunden hatte. Abends waren, wie auch vorgestern, die öffentlichen Plätze illuminiert.

Auch in Mehl fand gestern anlässlich des Geburtstages des Königs von Sachsen eine Parade der dort garnisonirenden königlich sächsischen Truppen statt. Nach Beendigung der Parade wurden dem an dem Grundstein für das Kaiser Wilhelm-Denkmal aufgestellten Regiment Nr. 145 in Gegenwart des gesammten Officercorps der Garnison durch den commandirenden General Graf v. Häseler die dem Regiment verliehenen Fahnen übergeben, worauf General Graf v. Häseler ein dreifaches Hoch auf den Kaiser ausbrachte.

Die Bewegung unter den Bergarbeitern.

Die „Rheinisch-westfälische Zeitung“ meldet über die Lage in den Kohlenrevieren: Die Führer der ausständischen Belegschaften von Zeche „Centrum“, die Bergleute Werdeleman und Heihoff, sind heute in Wattenscheid verhaftet und ins Gefängnis abgeführt worden. Die Verwaltung hat die strikenden Arbeiter aufgefordert, bis Montag, den 27. d. M., wieder anzufahren, widrigfalls sie als abgelegt betrachtet werden würden. Auf der Zeche „Centrum“ fuhren von 364 Mann am 23. d. M. Nachmittag, 76 unter Tage und 37 über Tage an. Auf „Hasenwinkel“ arbeitete Nachmittag niemand, auf „Eiberg“ von 69 Mann 23 unter Tage. Auf Zeche „Friedlicher Nachbar“ sind von 110 Mann nur 10 unter Tage, und von 86 Mann 70 über Tage angefahren. Auf Zeche „Bonifacius“ ist die ganze Nachmittagszeit angeschafft. Auf „Maria Anna“ und „Steinbank“ arbeiten nur 9.

Nach der „Rheinisch-westf. Ztg.“ beträgt die Zahl der Ausständischen im Ober-Bergamtbezirk Dortmund 5000 Mann.

Im Kachener Grubenbezirk ist bis jetzt alles ruhig.

Was die Lage auf diesem Gebiete in Belgien anlangt, so hält das Journal „Patriote“ auf Grund seiner in den belgischen Kohlenbezirken, insbesondere im Bassin von Lüttich, eingezogenen Erkundigungen einen allgemeinen Strike für nicht wahrscheinlich. Die sozialistischen Journale sprechen die entgegengesetzte Ansicht aus.

Sehr trübe sehen die Dinge noch immer in Scottsdale in Pennsylvania aus. Nach weiteren Meldungen aus Scottsdale wurden die Unterbeamten des Sheriff, die sich vorgestern nach Adelaide begeben hatten, um die strikenden Arbeiter aus den der Coahsgesellschaft gehörigen Arbeitshäusern zu ermitteln, von den Strikenden gewaltsam angegriffen und genehmigt, sich zurückzuziehen. Als dieselben später mit Verstärkungen zurückkehrten, kam es mit den Strikenden, unter denen sich gegen 300 Ungarn befanden, zu einem thätilichen Zusammenstoß, wobei ein Mädchen getötet und eine größere Anzahl von Personen verwundet wurde. Unter den Verwundeten befindet sich auch der Sheriff Mr. Cormick. Die tobende Menge wurde schließlich durch eine herbeigerufene Milizcompagnie zerstreut. Gegen 4000 Strikende hielten vorgestern mit Fahne und Musch einen Umzug in den Straßen der Stadt, darauf hielt der Socialist Jones eine Ansprache, in welcher er die Strikenden aufforderte, der rothen Fahne zu folgen. Auch der berüchtigte Anarchist Johann Most, ehemaliger deutscher Reichstagsabgeordneter, ist in Scottdale angekommen, um den ausständischen Coahsarbeitern in ihrem Kampfe gegen die Bergwerksbesitzer beizustehen. Die Behörden sind jedoch entschlossen, Most sofort zu verhaften, sobald er die Strikenden zu Unruhen aufzuhetzen versuchen sollte. Die Polizei überwacht seine Bewegungen mit großer Genuigkeit und will ihn auch dann verhaften, wenn er seine aufrührerischen Schriften verbreiten sollte.

Dagegen haben die Arbeiter aus dem Minenbezirk von Ober-Monongahela in ungefährer Anzahl von 12 000 Mann es abgelehnt, zur Errichtung des Achtfundstundentages die Arbeit am 1. Mai niederzulegen.

Der neu eingerichtete deutsch-amerikanische Geopostdienst

hat sich gleich bei seinem ersten Debut im Fluge die Herzen der transatlantischen Interessenten erworben. Mit allgemeiner Spannung sahen die postalischen, kaufmännischen und — last not least — publicistischen Kreise New Yorks den Eintreffen des norddeutschen Lloyd dampfers „Havel“ entgegen, an dessen Bord die neue Organisation erstmals in Funktion gesetzt war. Raum daß die „Havel“ — am 9. d. Früh — in Hoboken Anker geworfen, war auch bereits ein vor der New Yorker „World“ entstandener Reporter zur Stelle, welcher Zugang zu den Diensträumen erhielt und mit instructiven Auskünften versehen wurde. Wir entnehmen dem Bericht des New Yorker Blattes, dessen Urheber auch von den Epitheten der Postverwaltung New Yorks empfangen wurde, die nachstehenden Einzelheiten:

„Uns, für den ersten Anfang“, äußerte sich einer der Beamten, „haben wir mit unserer Postneuerung großen Erfolg gehabt. Alles ging ausgezeichnet von Statthaltern. Wir verliehen Bremen vor sieben Tagen mit 198 Säcken unsortierter Postsachen. Davon vermochten

wir in unserer Seepost 107 Säcke zu erledigen. Der Rest bestand hauptsächlich in Zeitungen, und wir beabsichtigten nicht vergleichbare Sachen in diesen beengten Räumlichkeiten zu bearbeiten. Diese Post kam aus allen Gegenden des deutschen Reiches, aus Rußland, Skandinavien, Dänemark und anderen Ländern. Bei ihrem Eintreffen am Bord war sie durchweg unsortiert, als wir aber hier ankamen, hatten wir die Post für jeden einzelnen Staat und für etwa hundert der größeren Unions-Städte zusammengestellt, in kleine Säcke einzeln verpackt und alles war zur sofortigen Beförderung fertig.“

Postmeister van Gott war hoch entzückt von den Ergebnissen des erstmaligen Versuches der neuen Seeposteinrichtung. Er sagte gestern: „Sie fungiert besser, als wir es gebaut hätten. Die deutschen Postsachen waren bereits 15 Minuten, nachdem wir die Briefbeutel empfangen hatten, auf der Straße, und innerhalb eines gleichen Zeitraumes waren die nach außerhalb bestimmten Sendungen für die betreffenden Züge expeditionsbereit. Sonst hatte eine Masse Beamten fünf bis sechs Stunden lang mit Sortirung der nord-europäischen Postsachen zu thun, und unterdessen konnten die nach westlichen Bestimmungsorten adressirten Sendungen leicht ihre Eisenbahngüte verfehlten. Jetzt haben wir, von den Zeitungen abgesehen, mit der Sortirarbeit nichts mehr zu thun. Die New Yorker Stadtbriefe werden von der Seepost sectionsweise, entsprechend den Zweigpostämtern, aufgearbeitet und diesen Anstalten direct nach Ankunft des Dampfers zugeführt. Früher bekamen wir fünf Postsäcke unter der Bezeichnung: „Geöffnete Post“. Dieselben trugen die Aufschriften: San Francisco, Chicago, New York, Philadelphia, Boston, und wurden in Bremen für die genannten Städte zusammengefaßt, obwohl sie keineswegs die Gesamtheit der nach dort bestimmten Sendungen enthielten. Es waren dies die einzigen Postsachen, welche wir in unseren Diensträumen nicht sortirten und abfertigen brauchten. Dank der Seepost werden wir Zeit, Geld und eine Masse Umstände sparen.“

Postinspector May, von der New Yorker Stadtpost-Verwaltung, hält die neue Seeposteinrichtung für einen großen Erfolg. „Niemals ist hier ein solcher Haufen ausländischer Postsachen angekommen“, sagte er, „der so flink und glatt abgesertigt wäre. Die deutsche Post enthält gewöhnlich etwa 80 000 Briefe. Eine solche Masse zu sortiren, verlangt Zeit. Die Seepost erspart uns Stunden und bringt die Stadtbriefe ungemein schnell in die Hand der Adressaten.“

Die „Havel“, welche am vergangenen Donnerstag wieder in Bremerhaven eintraf, hatte die amerikanische Post an Bord, welche selbstverständlich ebenso musterhaft abgesertigt worden ist, wie die diesseitige in New York. Die Begeisterung der New Yorker über den exacten Dienst und die Arbeitskraft der deutschen Beamten gereicht dem Prestige unserer Nation bei den Amerikanern nur zum Vortheil. Der Nutzen der neuen Einrichtung wird um so augenfälliger hervortreten, je länger und sicherer dieselbe sich bewähren und je mehr sie den Elsopostverkehr zwischen beiden Welttheilen auf die deutschen Schnelldampferlinien konzentrieren wird.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus wurde gestern der Antrag des Abgeordneten Steinwenders auf Errichtung einer Reichsgenossenschaftsbank mit Sitz in Wien behufs Förderung des gewerblichen und landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens durch Gewährung von Crédits dem volkswirtschaftlichen Ausschüsse zugewiesen. Der Antrag Bilinskis auf Besteuerung des Effectenmales, sowie auf Entrichtung von Stempelgebühren auf ausländische Actien, Renten und Schuldverschreibungen, sowie ein analoger Antrag des Abgeordneten Prade wurde einem Spezialausschuß von 24 Mitgliedern überwiesen. Nach einem weiteren Antrage Bilinskis soll dieser Ausschluß auch die Frage betreffend die Besteuerung von Umsäcken an den Waarenbörsen erwägen. Ein Antrag Prade auf Vorlegung eines Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetzes der Arbeiter wurde dem Gewerbeausschuß überwiesen. — Der Abgeordnete Rathrein und Genossen beantragen die Revision der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses. — Der Abgeordnete Malfatti und Genossen bringen bei dem Ministerpräsidenten eine Interpellation darüber ein, aus welchen Gründen die unerwartete Schließung des Tiroler Landtages erfolgt und ob die Regierung geneigt sei, die besonderen Interessen des italienischen Theiles Tirols zu fördern. Der Abgeordnete Eigner und Genossen beantragen den Beitritt Österreich-Ungarns zur Patentunion sowie die Vorlage eines neuen Patentgesetzes noch in dieser Session. Das Budgetprovisorium wurde ohne Debatte angenommen.

Aufhebung des Lizenzenkrutinums in Italien. Die italienische Deputirtenkammer beriet gestern über die Aufhebung des Lizenzenkrutinums. Die von der Regierung acceptirte Tagesordnung besagt: Die Kammer nimmt Akt von den Erklärungen der Regierung, unverzüglich einbringen zu wollen, welche die Regelmaßigkeit der Eintragungen in die Wahllisten und die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit bei den Wahlhandlungen verbürgt, und geht zur Berathung der einzelnen Artikel über. Die Kammer nahm den ersten Theil dieser Tagesordnung durch Aufstellen und Sitzbleiben mit großer Majorität an. Der zweite Theil der Tagesordnung betr. das Eintreten in die Berathung der einzelnen Artikel wurde in namenslicher Abstimmung mit 272 gegen 40 Stimmen genehmigt. 17 Deputirte enthielten sich der Abstimmung.

Die Wahlen in Rumänien.

her vorliegenden Nachrichten 18 Candidaten der Regierungspartei und 13 Candidaten der Opposition gewählt, außerdem haben 6 Stichwahlen stattgefunden. Die Resultate von Bukarest und einigen Bezirken stehen noch aus. Die durch Aufstellung zahlreicher Candidaten nothwendig gewordenen vielen Stichwahlen werden voraussichtlich bei dem zweiten Wahlgange den Regierungs-Candidaten eine erhebliche Majorität verschaffen.

Der Zwischenfall von Beira.

In einer Besprechung des Zwischenfalles von Beira sagt die "Times": Sie habe stets Gründe außerordentlicher Nachsicht gegenüber Portugal anerkannt, sie wünsche nicht die Anwendung von Gewalt gegen eine kleine Macht, deren materielle Schwäche offenbar sei und verfüge keine Neigung, Portugal in Anarchie zu stürzen; die Grenzen der Duldung seien jedoch durch die Forderungen der nationalen Selbststaltung und der Verpflichtungen gegen die Mitbürger bestimmt. Durch ausreichende Darlegung des Sachverhalts seitens Portugals müsse klarheit und vollständige Abhilfe in diesem Falle geschaffen werden.

Gestern kam die Angelegenheit auch im Parlamente zur Sprache. In Beantwortung einer Anfrage erklärte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Ferguson, die Admirälat sei angewiesen worden, einige Kriegsschiffe nach dem Pungo-Flusse zu senden, um, wenn nötig, den dortigen Schiffen Schutz zu gewähren und mit den dortigen portugiesischen Behörden über Maßregeln zur Erleichterung des Verkehrs nach dem Innern zu berathen. Auch von Lissabon aus seien Befehle an die portugiesischen Behörden ergangen, jeden Widerstand gegen diesen Verkehr gänzlich zu unterlassen und die Zurückhaltung der Schiffe und Mannschaften der Expedition Willoughbys sofort zu beenden.

Beim Schluß der Redaction geht uns noch folgende Meldung zu:

Lissabon, 24. April. (Privattelegramm.) Der Bericht Sir John Willoughbys wird hier als unrichtig bezeichnet. Willoughby sei ein Störenfried und dem Trunke ergeben.

Eine neue Burenrepublik in Sicht.

Im Juni soll ein großer Burentrek nach Norden zur Gründung einer neuen Republik zwischen Limpopo und Sambesi stattfinden, bei welchem alle einflussreichen Afrikanderfamilien vom Cap, dem Freistaat Natal und Transvaal beteiligt sind. Schon sind 1000 Familien vom Cap angemeldet. Der Trek erfolgt aus Opposition gegen Cecil Rhodes und die südafrikanische Gesellschaft, weil diese alzu imperialistisch und nicht afrikanisch genug seien. Der vorbereitende Ausschuß hatte am Sonnabend in Prätoria eine Besprechung mit dem portugiesischen Consul. Die portugiesische Regierung soll bereit sein, einen Freundschaftsvertrag mit den Büren zu schließen, wenn der Zug sich in Bewegung setzt. Die "Südafrikanische Zeitung" bemerkt dazu, die Zahlen erschien ihr übertrieben. 4000 Familien, welche aus Natal, dem Oranienstaat und Transvaal auswanderten, würden diese Länder entvölkern. Transvaal müsse jedoch schon seit längerer Zeit um die Sache gewußt haben, denn in dem Swazilandabkommen habe es sich besonders ausbedungen, "in keiner Weise als Factor in Betracht kommen zu dürfen, falls England in den Gebieten nördlich vom Limpopo mit irgend einer Macht in Streit gerathen würde".

Jedenfalls wird ein Zusammenstoß mit der britisch-südafrikanischen Gesellschaft erfolgen und in England macht man sich bereits mit dieser Eventualität vertraut. In der gestrigen Sitzung des englischen Unterhauses erläuterte der Unterstaatssekretär der Colonien Worms auf eine Anfrage, der Obercommissar der Capcolonia sei angewiesen worden, der Regierung der Transvaal-Republik bekannt zu geben, daß irgend welcher Versuch, in den der britisch-südafrikanischen Gesellschaft unterstellt Gebieten eine Republik zu errichten, nicht geduldet werden könne, und die Transvaal-Regierung zu benachrichtigen, daß jeder derartige Versuch oder jeder sonstige Schritt, der mit dem Häuptling Lobengula oder anderen Häuptlingen des unter britischem Einfluß stehenden Gebietes gewährten Schutz in Widerspruch stehe, als Akt der Feindseligkeit gegen England angesehen werden würde.

Die argentinischen Finanzen.

Von der Direction der Berliner Disconto-Gesellschaft wird mitgetheilt: Nachdem der Sturz des Bankhauses Baring Brothers u. Co. und die hieran sich knüpfenden weiteren Verhandlungen herausgeföhlt hatten, in welche müßige Lage die argentinischen Finanzen unter dem Einfluß einer schlechten Wirtschaft und politischer Wirren gerathen seien, haben die bei den argentinischen Anleihen betheiligten deutschen Firmen es befählich an Anstrengungen nicht fehl lassen, um die gefährdeten deutschen Interessen zu wahren. Dieselben haben hierbei auch, soweit dies nach Lage der Sache möglich war, die Unterstützung des Auswärtigen Amtes erbeten und erhalten. Nachdem jedoch die bekannten englischen Comité-Vorschläge seitens der argentinischen Regierung angenommen und durch besondere Gesetze zur Durchführung gebracht sind, war für einen wesentlichen Theil der argentinischen Werthe zunächst einfaßt accompliti geschaffen, gegen welches die beheimateten deutschen Firmen zwar protestierten, aber welches sie nicht aus der Welt schaffen konnten. Inzwischen ist eine Besserung der finanziellen Lage in Argentinien noch nicht eingetreten. Es ist zu befürchten, daß auch andere Anleihen, welche von den englischen Comité-Vorschlägen nicht beführst sind, nothleidend werden, und jedenfalls muß alles aufgeboten werden, um die argentinische Finanzwirtschaft wieder in geordnete Bahnen zu bringen, so daß die reichen Hilfsmittel des Landes auch wirklich dazu verwandt werden, um die Verbindlichkeit der argentinischen Nation zu erfüllen. Von deutscher Seite wird vorgeschlagen, daß sich die verschiedenen Comités und Firmen in England, Frankreich, Belgien und Deutschland zu einer gemeinsamen Besprechung von Delegirten vereinigen.

Abgeordnetenhaus.

73. Sitzung vom 23. April.

Die dritte Berathung der Land-Gemeinde-Ordnung wird fortgesetzt.

§ 109 bestimmt: "Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind öffentlich. Für einzelne Gegenstände kann durch besonderen Beschluß, welcher in geheimer Sitzung gefaßt wird, die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden."

Abg. Rickert beantragt, die Regierungs-Vorlage wiederherzustellen, nach welcher auch die Sitzungen der Gemeinde-Versammlung öffentlich abzuhalten sind. Abg. Frhr. v. Huene will als zweiten Absatz Folgendes einfügen: "Der Gemeinde-Versammlung kann jeder großjährige männliche Gemeindeangehörige bewohnen." Ein Antrag Bohr (cons.) will für die Verhandlungen der Gemeindevertretung wie der Gemeindeversammlung eine beschränkte Öffentlichkeit insoweit zu lassen, als nur diejenigen derselben bewohnen dürfen, welchen das Gemeinderecht zusteht. Doch kann durch einen in geheimer Sitzung gefaßten Beschluß die Öffentlichkeit völlig ausgeschlossen werden.

Abg. v. Huene (Centr.): Bei der zweiten Lesung bin ich zunächst für die Regierungsvorlage eingetreten. Nachdem diese abgeändert ist, habe ich meinen Antrag gestellt, welcher sich auf den Beschluß zweiter Lesung stützt.

Minister Herrfurth: Ich erkenne an, daß die Gründe, welche in zweiter Lesung gegen die unbedingte Öffentlichkeit vorgetragen sind, eine gewisse Berechtigung haben, glaube aber, es ist am besten, wenn die beschränkte Öffentlichkeit für die Gemeindeversammlung und Gemeindevertretung eingeführt wird. Ich gebe dem Antrag v. Huene vor dem Antrage Bohr den Vorzug, welcher die etwas bedenkliche Theilnahme der Frauen ausgleicht und das Juhörer der 21 bis 24 Jahre alten Gemeindeangehörigen gestattet.

Abg. Bohr (cons.): Ich beklage es, daß Abg. Rickert wieder die unbeschränkte Öffentlichkeit beantragt. Mein Antrag läßt jeden großjährigen Tagelöhner zu, schließt aber die Frauen aus. Bestehendes Recht ist es nicht, daß die Sitzungen öffentlich sind. In dem Augenblick, wo man die Verfassung der Gemeinden ganz neu regelt, sollte man sie nicht so leichtlich einer überwollenden Kritik aussehen. Von keiner Seite sind Klagen über die bisherigen Zustände erhoben worden. Die kirchliche Gemeindevertretung hat auch keine Öffentlichkeit, ebenso wenig Magistratsitzungen; und dabei bestehen diese Körperschaften aus geschulten Mitgliedern. Die Folge der Öffentlichkeit wird sein, daß der Landrat in jede Versammlung einen Gendarm wird schicken müssen, um den Schulzen zur Seite zu stehen. Die Herren, welche hier die Doctrine vertreten, wissen nicht, wie es auf einer ländlichen Gemeindeversammlung zugeht. (Sehr wahr! rechts.) Und der Minister weiß es auch nicht. (Zuruf: "Er war ja Landrat!") Es liegt eine große Gefahr in der Öffentlichkeit. Die Socialdemokratie hat bekanntlich die Parole ausgegeben: "Aufsplatte Land!" Diese Bestimmung ist die Pfoste, durch welche die Socialdemokratie eintreten wird, denn die Öffentlichkeit untergräßt die Autorität des Schulzen. (Bravo! rechts.) Die Doctrin verlangt hier die "Controle", in Wirklichkeit soll nur Misstrauen gefaßt werden. (Sehr gut! rechts.) Wenn Sie hier die unbeschränkte Öffentlichkeit einführen, muß ich gegen das Gesetz stimmen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Minister Herrfurth: Was gegen mich in dieser wohl vorbereiteten Rede gerichtet war, paßte nicht recht, denn ich habe mich ja jetzt gar nicht für die unbeschränkte Öffentlichkeit erklärt. Ich habe an sehr vielen Sitzungen von Gemeindeversammlungen Theil genommen und weiß sehr gut, wie es da jugeht. Was ich verweise, ist nur die grundhafte Heimlichkeit dieser Sitzungen. (Oh! rechts.) Zu dem Echauffement, welches der Vorredner in seiner Rede gezeigt hat, war nach meiner Ansicht keine Veranlassung vorhanden. (Unruhe rechts.)

Abg. v. Huene meint, daß der Abg. Bohr die Bedeutung der Frage sehr überhöht habe. (Widerpruch und Unruhe rechts.)

Abg. Rickert: Ich hätte nicht erwartet, daß wir noch am lehnen Tage nach langer Berathung einen so wunderbar scharfen Kontrast zwischen dem modernen Staat und längst verschollener Zeit erleben würden. Gut ist diese Entblößung des Bildes eines Reactionären, der den Anspruch erhebt, noch in jehiger Zeit entscheidend mitzubestimmen in der Gesetzgebung, immerhin. Der Minister müßte nach dieser Kritik versichern, Gesetze einzubringen, es sei denn, daß er vorher die Zustimmung seiner Landräthe und der Amtsverwaltung eingeschöpft habe. (Sehr gut! links.) Eine solche Kritik des Ministers ist von der rechten Seite wohl noch nicht gehört; man rief sogar von dort: "Wo?", als der Minister versicherte, er sei schon in einer Gemeindeversammlung gewesen. — Der Abg. Bohr hat wirklich mit Ananonen nach München, nicht einmal Spalten geschlossen. (Heiterkeit.) Die von der Regierung beantragte Öffentlichkeit der Sitzungen soll die Pfoste sein, durch welche die Socialdemokratie ihren Einzug hält. Ist das nicht der schwerste Vorwurf gegen den Minister? Aber wunderbar — erst jetzt hat der Abg. Bohr diese große Entdeckung gemacht. Bei der ersten Berathung sagten die Conservativen darüber kein Wort. Aber noch mehr — in der Commission sahen conservative Landräthe, Amtsverwalter, Gemeindevorsteher, die doch die von Bohr gerührten Praktiken find, — und keiner von ihnen sage darüber ein Wort. Ohne Widerspruch wurde die Öffentlichkeit in beiden Sitzungen der Commission beschlossen. Dauert es immer so lange, bis es Ihnen gelingt, Ihre eigentlichen Ideen zum Ausdruck zu bringen? (Heiterkeit links.) Einmal siger werden Sie sein müssen, sonst werden die Socialdemokraten bald über Sie sein. Sie haben den Minister sehr scharr angegriffen; aber ich befürchte nicht, daß er unter diesem Ansturm leiden wird; denn was die Regierung verlangt, gehört zum ABC des öffentlichen Lebens. (Sag der Name, "öffentliche Leben") sagt genug. Und nun gar die Begründung. Dem Abg. Bohr hat ein Mann geschrieben, er müßte bei der Öffentlichkeit der Verhandlungen sein Amt niedergelegen, denn er könnte den Einwirkungen fremder Zuhörer aus den Nachbarstädten nicht entziehen. Und dieser Grund wird von derselben Seite geltend gemacht, die unser Antrag auf Einführung der geheimen Stimme abgab für den Einzelnen zurückgewiesen hat. (Sehr wahr! links.) Da sagten Sie: Das öffentliche Leben verlangt Männlichkeit. (Sehr gut! links und im Centrum.) Der abhängige Amtschef und Tagelöhner soll diesen Mannesmuth zeigen und das Oberhaupt der Gemeinde verkratzt sich, wie die Conservativen behaupten, aus Angst vor fremden Zuhörern aus den Nachbarstädten? Wie kann der Abg. Bohr es verantworten in dieser Weise vor der öffentlichen Meinung die Schulzen bloßzustellen? (Heiterkeit.) Da denken wir von den Schulzen besser. Man darf den Schulzen keiner überwollenden Kritik aussehen, sagt Abg. Bohr. Sind denn das aber nicht die Sachen der Gemeinde, die er besorgt? Sollen die Gemeindeangehörigen nicht einmal das Recht haben darüber etwas zu erfahren? Das wäre ein wunderbares öffentliches Leben, wenn die Vertreter der Gemeinden grundsätzlich bei verschloßnen Thüren verhandeln sollten. Die Bedürfnisfrage auch nur aufzuwerfen ist schon eine Verküpfung an dem Geist unserer Zeit. Glauben Sie wirklich, daß nun alle Gemeindeangehörigen und die Bewohner der Nachbarorte die Gemeindeversammlungen fürstern und hören werden? Der Abg. Bohr fürchtet die Socialdemokratie. Vor Ihnen will er die Schulzen schließen. Ich glaube nicht daran, daß die Socialdemokratie so massenhaft die Gemeindeversammlungen besuchen werden. Führen Sie geheime Versammlungen ein, so wird die Agitation sich der Sache bemächtigen. Da steht die Bourgeoisie — wird man sagen — sie fürchten sich vor uns und verhandeln im Geheimen, sie scheuen das Licht der Öffentlichkeit! Sollte das nicht auf die Massen wirken? Ich glaube gewiß. Die Öffentlichkeit ist ein unentbehrliches Hilfsmittel unseres modernen Lebens. Lehnern Sie den Antrag Bohr ab. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Lamprecht (cons.) glaubt, daß Abg. Rickert anderer Meinung sein würde, wenn er einmal einer Bauernversammlung beigewohnt hätte, und bittet in erster Linie den § 109 abzulehnen, in zweiter Linie den Antrag Bohr anzunehmen.

Abg. Eberly (freis.) sieht in der Öffentlichkeit ein erzielbares Moment. Die Leute auf dem Lande würden sich bedanken, wenn man ihnen einen solchen niedrigen Bildungsgrad beimesse, wie es die conservativen Redner gehabt hätten. In erster Linie würden die Freisinnigen

für den Antrag Rickert und nur im äußersten Falle für den Antrag v. Huene stimmen.

Abg. Longerhans (freis.) tritt ebenfalls für die unbeschränkte Öffentlichkeit ein, indem er seiner Verwunderung Ausdruck giebt, daß der Minister so leichten Herzens von seinem früheren Standpunkte zurückgetreten sei.

Abg. Krause (nat.-lib.) tritt für die Öffentlichkeit ein. Den Interessenten möglicht, soweit Raum und sonstige Umstände dies zulassen, der Zutritt gestattet werden. In der freien Commission hätten sich auch die beiden conservativen Mitglieder für den Antrag v. Huene ausgesprochen (Hört! hört! links), für den auch die nationalliberale Partei stimmen werde.

Abg. Bohr (cons.) tritt nochmals in erster Reihe für geheime Sitzungen ein. Die Leute erschließen ja auch ohnedies, was beschlossen worden sei. Der Spott des Abg. Rickert hat keinen Eindruck auf mich gemacht.

Wenn meine Wähler mich nicht wiederwählen, so werde ich das mit Seelenruhe ertragen. Hier in Berlin hat die Tribüne der Stadtverordnetenversammlung Platz für noch nicht 100 Personen. Ist denn das eine Öffentlichkeit für eine Stadt von 1½ Millionen? Denken Sie an die Räume, in denen die Versammlungen auf dem Lande stattfinden müssen. Und glauben Sie, daß sich ein Bauer dann zu dem Ehrenamt eines Schulzen finden wird? Kann nicht ein Reporter einfach die Rede eines Schulzen stenographiren und ihn dann vor der Öffentlichkeit lächerlich machen? Die Sitzungen des Kreisausschusses waren auch nicht öffentlich. Mein Schauspiel ging nicht gegen den Minister, sondern gegen den Antrag Rickert. Lassen Sie wenigstens die neuen Verhältnisse sich erst einleben. Halten Sie nach 10 Jahren die Öffentlichkeit noch für nothwendig, so führen Sie sie dann ein. (Beifall rechts.)

Minister Herrfurth weist dem Vorredner aus den betreffenden Gesetzen nach, daß die Sitzungen des Kreisausschusses generell überall da öffentlich sind, wo ein mündliches Verfahren beschlossen wird. Ich bitte den Abg. Bohr, einen ihm persönlich nahestehenden Landrat darüber zu informiren. (Heiterkeit.)

Abg. Rickert: Der Abg. Bohr meint, ich hätte ihn mit Spott übergesogen. Wenn das so erfunden ist, so trifft mich nicht die Schuld. Wenn jemand in solchem Gegensatz zu den Tordungen der heutigen Zeit steht, so genügt die einfache Wiederholung seiner Anschaungen, um das wie Spott anzusehen. Aber eine Thatat möchte ich nicht verdunkeln lassen: erst heute ist den Conservativen ein Verständnis über die kolossale Gefahr der Öffentlichkeit aufgegangen, während der ersten Lesung und der ganzen Commissionsverhandlungen ist von den vielen conservativen Praktikern kein Wort darüber gefragt. Sie haben sogar die gefährliche Regierungsvorlage angenommen. (Sehr richtig!) Auffallend muß es erscheinen, daß ein Abgeordneter, der zugleich Vorsitzender des Kreisausschusses ist, sich von dem Minister solche Irrthümer bezüglich der gesetzlichen Bestimmungen must nachweisen lassen. Und dabei soll er diese gesetzlichen Bestimmungen handhaben! Es wäre doch gut, wenn die Praktiker auch etwas doctrinär wären und sich mit den gesetzlichen Bestimmungen wenigstens bekannt machen. (Heiterkeit.) Wer in der Öffentlichkeit der Sitzungen ein unberechtigtes Misstrauen gegen die Leitung der Gemeinde findet, der muß aus denselben Gründen auch die Öffentlichkeit bei den anderen Ämtern ausschließen. Das wäre ein Schlag gegen das moderne Leben, den hoffentlich das Haus nicht führen wird. (Beifall links.)

Abg. v. Rauchhaupt (cons.): Nach dem Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung sind die Verhandlungen des Kreisausschusses im Beschlussvorfahren nicht öffentlich. Minister Herrfurth: Nach dem Gesetz soll ein mündliches Verfahren, welches auch beim Beschlussvorfahren zugelassen und in gewissen Fällen vorgeschrieben ist, öffentlich sein; von einem absoluten Ausschluss der Öffentlichkeit ist also beim Kreisausschuss keine Rede. Damit schließt die Discussion. Persönlich bemerkte Abg. Bohr gegenüber dem Abg. Rickert, daß er zu vornehmen sei, auf das Antwort zu geben, was dieser dem Minister nachgeplappert habe.

Präsident v. Höller ruft den Ausdruck „nachgeplappern“ als unparlamentarisch.

Abg. Bohr: Ich habe erklärt, ich hätte etwas dem Minister wie einem Papagei nachgeplappert.

Präsident: Das hat der Abg. Bohr nicht gesagt, sondern nur Sie hätten etwas nachgeplappert und diese Neuerung habe ich als unparlamentarisch gerügt.

Abg. Rickert: Ich habe nicht hören können, was der Abg. Bohr gesagt hat. Hätte er es wirklich gehört, so wäre seine Vornehmheit eine solche, die ganz wo anders hingehört — ich brauche das wohl näher zu bezeichnen — als auf die Bänke der Gesetzgeber.

§ 109 wird mit dem Antrage Huene angenommen. §§ 110—145 werden mit redaktionellen Änderungen ohne erhebliche Debatte genehmigt.

Zu § 146 (Ausführungs- und Übergangsbestimmungen) liegen verschiedene Abänderungsanträge vor.

Ein Compromisantrag v. Henckelbrand (cons.), Krause (nat.-lib.), v. Zedth (freicons.) will die Bestimmungen befestigen, daß die Bildung von Schulverbänden besonderer gesetzlicher Regelung vorbehalten bleibt. Ein Antrag Rickert will diese Bestimmung aufrecht erhalten, dagegen die Aufrichterhaltung der auf besonderen öffentlich-rechtlichen Titeln beruhenden Rechte und Pflichten befeiligen. Nach einem Antrage Schmidt-Worburg (Centr.) sollen auch Privatrechte durch dieses Gesetz nicht entzogen oder geschmäleriert werden dürfen. Abg. Schmidt (Centr.) sucht seinen Antrag mit der Verfassung zu begründen.

Minister Herrfurth erwidert, daß Art. 9 der Verfassung durch die Landgemeindeordnung nach keiner Richtung berührt werde, so daß besondere gesetzliche Bestimmungen in diesem Sinne überflüssig seien.

Nach unerheblicher weiterer Debatte wird der Paragraph mit dem Compromisantrage, unter Ablehnung des Antrages Rickert, angenommen.

Zu § 147 wird ein Antrag von Henckelbrand angenommen, welcher den bis zum Inkrafttreten des Gesetzes trocken eines Einkommens von nur 660—900 Mk. zur Gemeindesteuer herangezogenen ein Stimmrecht zuspricht.

Abg. Bachem (Centr.) erklärt hierauf, daß seine Freunde trocken ihrer mannigfachen Bedenken in der Schlusstimming für das Gesetz stimmen werden, aber ohne seine Freunde aus dem Westen unter Ablehnung jedes Prädilectus hinsichtlich einer Neuordnung der Landgemeindeordnung auf die westlichen Landesteile (hört, hört! links). Minister Herrfurth: Die Zustimmung zu diesem Gesetz verpflichtet ja nicht zu weiteren Zustimmungen. Trocken in die Landgemeindeordnung eine Reihe von Bestimmungen hineingekommen sind, die die Regierung nicht für erwünscht erachtet, ist doch keiner der gesetzten Beschlüsse die Wirkksamkeit der Landgemeindeordnung ernstlich zu gefährden geeignet. Er werde daher als Abgeordneter für die Vorlage stimmen und als Minister namens der Regierung für dieselbe im Herrenhause eintraten und ihre unveränderte Annahme herbeizuführen suchen.

Abg. Rickert erklärt dem Abg. Bachem, daß seine Freunde ihm helfen werden, bei der Landgemeindeordnung für Rheinland alle diejenigen freiheitlichen Errichtungen dem Gemeindeleben zu geben, die die Freunde des Abg. Bachem dem Osten leider versagt haben, protestiert aber im übrigen dagegen, daß der Osten tiefer gestellt werde, als der Westen.

Abg. v. Eyner (nat.-lib.) wendet sich, obwohl Abgeordneter aus dem Westen, auch gegen die Vorstellung, als ob nicht auch erhebliche Veränderungen menschenwerth seien. Iedersfalls sei keine Veranlassung, exorbitante Einnahmen in zwei Theile zu teilen, er hoffe im Gegenteil, daß der preußische Staat auch in Bezug auf die Landgemeindeordnung sich zusammen schließen werde.

Abg. Bachem (Centr.) erwähnt, daß er keineswegs beabsichtigt habe, die Monarchie in zwei Theile zu teilen, sondern nur den Wunsch äußerte, daß den

Eigenthümlichkeiten des Westens ebenso Rechnung getragen werde, wie denen des Ostens.

Die Schlusstimming wird mit Rücksicht auf die vielen Änderungen der dritten Lesung bis zum nächsten Tage ausgekehrt.

Auf Antrag der Geschäftsortscommission beschließt das Haus, daß über den Gesetzentwurf beider Änderungen des Wahlverfahrens in Folge des neuen Einkommensteuergesetzes nach Änderung der Einleitung derselben in dritter Berathung eine nochmalige Abstimmung nach 21 Tagen erforderlich ist. Darauf verlagert sich das Haus auf Freitag.

Aufland.

Petersburg, 23. April. Dem „Regierungsboten“ zufolge ist der Zustand des nervenkranken Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch des Aelteren ein bedenklicher. Der Patient, welcher zu Bett liegt, nimmt sehr wenig Nahrung zu sich und leidet an Schlaflosigkeit. Puls 100, Temperatur 37,3. (W. L.)

Coloniales.

Die nunmehr erfolgte Ernennung des stellvertretenden Gouverneurs von Kamerun, Herr Landgerichtsrath Eugen Jimmerer, zum Gouverneur wird in den Hamburger befreiteten Colonialkreisen mit großer Genugthuung begrüßt. Man glaubt, durch ihn werden die deutschen Interessen in Kamerun in fördernder Weise gewahrt werden.

Von der Marine.

Das Fahrzeug „Loreley“ (Commandant Capitän-Lieutenant Graf v. Moltke I.) ist am 22. April cr. in Colonichi eingetroffen und beabsichtigt am 24. April cr. nach Alten wieder in See zu gehen. — Das Kanonenboot „Wolf“ (Commandant Corvetten-Capitän Hellhoff) ist am 22. April cr. von Shanghai nach Amoy in See gegangen.

Am 25. April. G. A. 4.40. U. 7.17. Danzig, 24. April. M. u. A. 8.59. Wetteraussichten für Sonnabend, 25. April, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Erst vielfach bedeckt, dann sonnig, warm; veränderlich. Strichweise Gewitter.

Für Sonntag, 26. April: Heiter, veränderlich wolkig; milde. Strichweise Gewitter.

Für Montag, 27. April: Erst bewölkt, dann heiter. Tags warm, Nachts kalt.

Für Donnerstag, 28. April: Bewölkt, doch vielfach heiter. Tags warm, Nachts kalt. Lebhafte Winde.

* [Trauerfeier.] Der Sarg mit der Leiche des Herrn Oberpräsidenten v. Leipzig ist in dem Treppenhaus des Oberpräsidialgebäudes, der einen reichen Schmuck von Pflanzen erhalten hat, aufgebahrt. Fortwährend treffen noch von privaten und Corporationen prachtvolle Kränze und zahlreiche Blumenspenden ein. In demselben Raume findet morgen Nachmittag die Gedächtnissfeier statt, welche von Herrn Consistorialrath Franck abgehalten werden wird. Der hr. Minister des Innern Herrfurth hat bereits telegraphisch sein Er scheinen zu derselben angemeldet, und außer den Spitzen der hiesigen Behörden wird auch der Herr Regierungspräsident v. Massenbach und eine Deputation der Regierungsbeamten aus Marienwerder an der Feier teilnehmen. Der Sarg wird morgen gegen Abend unter dem Geleite der Familienmitglieder nach dem Bahnhofe gebracht werden.

So wohl der Kaiser als auch der Prinzregent von Braunschweig haben der Gemahlin des Dargestorbenen ihr Beileid zu dem Trauersall telegraphisch ausgedrückt.

* [Mondfinsternis.] Eine totale Mondfinsternis findet in diesem Jahre bekanntlich am 23. Mai Abends statt. Sie wird aber bei uns glücklichen Falls nur in der letzten Hälfte ihres Verlaufs zu beobachten sein.

* [Alarminnung.] Wie es heißt, steht in nächster Zeit wieder eine Alarminnung der Garnison — diesmal aber Morgens — bevor.

* [Danziger Sparkassen-Aktion-Verein.] Die Jahres-Generalversammlung der Aktionäre ist zu Donnerstag, den 14. Mai, anberaumt. Die Tagesordnung enthält neben den Jahresgeschäften etc. Beschlussfassung über Anträge auf Bewilligungen zu gemeinnützigen Zwecken.

* [Abbruch der „Nymphe“.] Die vor circa 30 Jahren auf der hiesigen kaiserl. Werft erbaute „Nymphe“ — die erste Glattdeck-Corvette der damals preußischen Marine — ist nun dicht am Ende ihrer rühmlichen Tage angelangt. Ihr schon 1874 bei Jasmund von seindlichen Augen durchbohrter Rumpf wurde in Aiel verauktionirt und ist nun von den Räubern nach Grönemünde geholt worden, um dort abgebrochen zu werden.

* [Staatszuschüsse für die Volksschule.] Diejenigen Beiträge, welche der hiesigen Stadtgemeinde zu den Gehältern der Elementarlehrer und Lehrerinnen auf Grund des Schulstaatengesetzes vom 14. Juni 1888 und des Ergänzungsgesetzes vom 31. März 1889 aus Staatsmitteln für das laufende Staatsjahr 1891/92 zu zahlen sind, betragen 53 850 Mk.

* [Verherrungen des Guts Neukrägerskampf.] Die Wiederherstellung der bei dem diesjährigen Weihfestgange durchbrochenen Dämme und sonstigen Schuhlanlagen des städtischen Gutes Neukrägerskampf ist nach der durch eine städtische Commission vorgenommenen Besichtigung auf 5500 Mk. veranschlagt worden, um deren vorläufige Bemühung der Magistrat nun die Stadtverordneten-Versammlung ersucht hat, damit die nothwendigen Schuharbeiten keinen Aufschub erleiden. Der Schaden an Gaalen und Ländereien ist ebenfalls recht bedeutend.

* [Beim Train-Bataillon Nr. 17] hier selbst finden in den drei letzten Tagen dieser Woche die Compagnievorstellungen statt. Nach denselben werden die zum königlichen Dienst eingezogenen Trainfölden entlassen und am 1. h. Mrs. der neue Erfolg zur königlichen Ausbildung eingestellt.

* [Personalien.] Die Landrichter Reiche in Elbing und Koh in Thorn sind zu Landgerichtsräthen ernannt, der Pfarrverweser Franck zum Pfarrer an der evangelischen Kirche zu Pogulien in der Diöcese Pr. Stargard berufen und bestätigt, der Pfarrer Drews von Poslige nach Mr. Montau übergesiedelt, der neue Director des Schullehrer-Gymnasiums zu Graudenz, Salinger, gestern durch den Provinzial-Schulrat Dr. Völker aus Danzig in sein Amt eingeführt worden.

* [Lehrerwahl.] Der Lehrer Walter Hamann aus Doppel ist vom hiesigen Magistrat als Lehrer für die Pejarschulenschule in Schiditz erwählt worden.

* [Ortswechsel.] Herr Rechtsanwalt Otto Rieck in Danzig ist zur Rechtsanwaltschaft bei dem Landgericht II. in Berlin zugelassen und wird dorthin überseideln.

* [Unglücksfall.] Der Straßenreiniger Bubolz hatte heute Morgen eine mit Gennuul beladene Karre nach Schiditz gebracht. Plötzlich wurde das Pferd schau und ging durch. Bubolz lief neben dem Wagen her und hielt die Leine fest, um das Pferd zum Stehen zu bringen; stolperte jedoch über einen im Wege liegenden Stein und kam so unglücklich zu Falle, daß ein Rad der schweren Karre über ihm wegging. Kurz darauf bog das Pferd in eine Seitenstraße ein und riß den Wagen so scharf um die Ecke, daß das eine Rad über den Prellstein lief und die Karre umkippte. Swar wurde Bubolz sofort aufgehoben und in ein Haus getragen, wo ihm ärztliche Hilfe zu Theil wurde, die inneren Verlebungen, welche er sich zugezogen hatte, waren aber so schwere, daß er eine halbe Stunde später starb.

* [Unfälle.] Der Halbmann Karl L. stürzte gestern Nachmittag beim Ausscheiden der Flaggenleine vom Mast des Schiffes „Herzog Georg“ aus einer Höhe von ca. 20 Fuß auf das Deck des Schiffes herunter und erlitt einen recht schweren complicirten Bruch des rechten Oberarmes. Man brachte den Verunglückten nach dem Stahlquartier in der Sandgrube.

Die Frau Julie A. aus Doppel war gestern bei einer Altfädlichen Graben wohnenden Schneiderin erschienen. Beim Tortzuge stolperte sie auf der Treppe und stürzte einen Theil derselben herab, wobei sie erhebliche Kopferleidungen erlitt. Sie wurde ebensfalls in das Lazarett in der Sandgrube gebracht.

* [Edentheater.] Auf dem Holzmarkt wird gegenwärtig ein großer Holzbau für die Vorstellungen, welche Herr Director Schenk vom 7. Mai ab auf dem Gebiete der Illusionen zu geben gedenkt, errichtet. Herr Schenk, der schon vor einigen Jahren hier aufgetreten ist und damals vielen Beifall gefunden hat, wird verschiedne neue Erfindungen vorführen und hat auch eine Dame engagiert, die 34 gekrönte Rakabas zeigen wird, so daß die Vorstellungen viele Abwechslung versprechen.

* [Berufsgenossenschaftliche Schiedsgerichte.] Zum Vorhabenden der in Danzig sesshaften berufsgenossenschaftlichen Schiedsgerichte für die ostdeutsche Binnenschiffahrt-Berufsgenossenschaft und die westpreußische Section der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft ist Herr Regierungsrath Meyer ernannt worden. Als Beisitzer bei dem ersten Schiedsgericht fungiren jetzt die Herren Emil Berenz und Johannes Jo aus Danzig (Stellvertreter F. Habermann), F. W. Manzen und Ad. v. Riesen aus Danzig, Stobbe-Tiegenhof, Johannes Büchen und Friedrich Sommer in Neufahrwasser (Stellvertreter Stellmacher Aroll, Steuermann Weiß, Maschinist Schreiber aus Neufahrwasser und Maschinist Holtz aus Danzig). Bei dem Schiedsgericht der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft fungiren als Beisitzer die Herren Dr. Dasse und Busch aus Danzig (Stellvertreter Fuhrherren Müller, Marschall, Potratz und Rabowski aus Danzig); Aulicher Bielsfeld in Danzig und Mellenin in Graudenz.

* [Schwurgericht.] In den dritten Schwurgerichtsperiode, welche hier am 27. April unter dem Vorjahr dem Herrn Landgerichtsrath Birnbaum beginnt, sollen, so weit bis jetzt bestimmmt ist, nachstehende Anklagefahnen zur Verhandlung kommen: am 27. April gegen den Arbeiter Jakob Petz aus Gr. Rath wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode und den Aneidi Gustav Fischer aus Smasin wegen Raubes; am 28. gegen die unverehelichte Eninne Granow von hier wegen wissentlichem Meineides und den Arbeiter Karl August Popall aus Rammel wegen Verbrechens gegen die Gültigkeit; am 29. gegen die Arbeiter Franz Riegel und Franz Kanthak, die Aneidi Franz Alawitter und Ludwig Schallhorn aus Aladau wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode; am 30. gegen den Arbeiter Gustav August Schwob von hier wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Beleidigung, Körperverletzung und räuberischer Erpressung und gegen die unverehelichte Anna Dzierzynska aus Puigk wegen Kindesmord; am 1. und 2. Mai gegen den Wachmann Franz Browa aus Schlossfelde und den Maurer Johann Eiter von hier wegen Brandstiftung.

Als Geschworene sind folgende Herren ausgelost worden: Ausesteuer H. R. Nothmeyer, C. A. Claassen, M. D. Richter, J. G. Siehm, C. W. Bestmann, R. H. Krebs, Opticus Siekau, Ober-Rohrath a. D. Kind, Lithograph und Druckereibesitzer Einmendorff, Fleischmeister A. C. A. Iltmann, Fabrikbesitzer H. Alter, sämlich von hier; Gutsherr Steiner-Podlok, Bölk-Barnewitz, Weichbrodt-Freihof, Nöbel-Uebelbrück, Amtsrauth Burmeister-Nühlbanz, Deconimath Matting-Sulmin, Steffens-Gr. Golzau, Hofbesitzer Dödenhöft-Steegen, Fröde-Freihuben, Siehnbau, Major a. D. v. Schmidts-Reußstadt, Rittmeister Jochheim-Kolkow, Eigenthaler Neubauer-Carhaus, Kaufmann F. Wiegert-Pr. Gieberg, Rittmeister a. D. Fahrenholz-Doppel, Ober-Inspector Müller-Glenzau, Rentier C. Ruttentheuer-Oliva, Stadthämmerer Hannemann-Berent, Raum. C. Heinrich-Diebau.

* [Polizeibericht vom 22.—23. April.] Verhaftet: 13 Personen, darunter: 1 Frau wegen Unterschlupfung, 1 Arbeiter wegen Bedrohung, 7 Doppelzöle, 2 Betrunken. — Aufgefunden: Am 22. d. Ms. eine unbekleidete männliche Leiche in der neuen Mottila, bekleidet mit: 1 grauenwollen Hemde, 1 Paar grauwollenen Socken, 1 weißen Vorhemde, 1 Paar grauen Samaschen, 1 schwarzer Sommerrock, 1 Paar graue Rammgarn-Feinkleider.

* [Alarmierung.] Wie es heißt, steht in nächster Zeit wieder eine Alarmierung der Garnison — diesmal aber Morgens — bevor.

* [Danziger Sparkassen-Aktion-Verein.] Die Jahres-Generalversammlung der Aktionäre ist zu Donnerstag, den 14. Mai, anberaumt. Die Tagesordnung enthält neben den Jahresgeschäften etc. Beschlussfassung über Anträge auf Bewilligungen zu gemeinnützigen Zwecken.

* [Abbruch der „Nymphe“.] Die vor circa

30 Jahren auf der hiesigen kaiserl. Werft erbaute „Nymphe“ — die erste Glattdeck-Corvette der damals preußischen Marine — ist nun dicht am Ende ihrer rühmlichen Tage angelangt. Ihr schon 1874 bei Jasmund von seindlichen Augen durchbohrter Rumpf wurde in Aiel verauktionirt und ist nun von den Räubern nach Grönemünde geholt worden, um dort abgebrochen zu werden.

Der Sarg mit der Leiche des Herrn Oberpräsidenten v. Leipzig ist in dem Treppenhaus des Oberpräsidialgebäudes, der einen reichen Schmuck von Pflanzen erhalten hat, aufgebahrt.

Nachmittag und erst am Abend entlassen. Außerdem wurden die Socialdemokraten Höpfer-Marienburg und Rorn-Ebbing wegen Wahlkettenverhetzung verhaftet und werden am heutigen Wahlgange in Haft behalten. (Ins ist über diese Verhaftungen bisher nichts berichtet worden, obwohl die Verhetzung socialdemokratischer Stimmen, welche gesetzlich gewährleistet ist, in mehreren Berichten erwähnt wurde. Die Vertretung der Nachricht müssen wir daher dem genannten Blatte überlassen. Red. d. „Danz. Ztg.“)

Mewe, 23. April. Das hiesige Lokalblatt bringt folgende Notiz: „Die hiesige Buchfabrik wird sich nach Beendigung der Campagne 1891/92 in eine große Metall-Druckereifabrik umgestalten und es sind bezügliche Schritte bereits gethan. Es hängt dies Unternehmen jedoch noch von dem Bau einer Eisenbahn nach hier ab.“ (Dann wird die Fabrik wohl noch eine Weile feiern müssen, da von einem ernsten Eisenbahuprojekt ist bis jetzt nichts bekannt ist.)

Görlitz, 23. April. Folgender Unglücksfall ereignete sich hier heute Mittag. Zwei Russen, welche längere Zeit in Amerika gewesen waren und sich daselbst eine sichere einträgliche Existenz verschafft hatten, wollten heute in Dobrzyn wohnenden Familien besuchen, um sie nach einiger Zeit nach Amerika mitzunehmen. Um aber den bekannten Unannehmlichkeiten auf der russischen Grenzmauer sich zu entziehen, wollten sie durch die Dresdner gehen. Obgleich sie von einem Schmuggler begleitet waren, kamen sie doch an eine tiefe und reißende Stelle des Flusses und ertranken.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Aus dem Kreise Grasburg, 21. April, schreibt ein Correspondent dem „Gef.“: Ein kleiner Krieg ohne Kriegserklärung fand gestern Nachmittag auf preußischem Gebiete statt, wobei die Russen einen Angriff verloren.

Nach beinahe dreimonatlichem schweren Leidensvergleich heute 9½ Uhr Morgens, in Gott verfehen mit dem heiligen Gebe- fakrament, unsere uns unvergänglich liebende Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Witwe Auguste Emilie Nagorska, geb. Reinbolds, in nicht vollendete 75. Lebensjahre. (8033) Dieses zeigen tief betrübt an im Namen der hinterbliebenen Mr. Remski, geb. Nagorska, Mr. Remski nebst Kindern, Danzig, den 23. April 1891. Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Kohlmarkt 35, aus statt.

Bekanntmachung.
Behufs Verklärung der Ge- unfälle, welche der Dampfer Lotte, Capitän Moesien, auf der Reise von Rotterdam nach Neufahrwasser erlitten hat, haben wir einen Termin auf

den 25. April 1891,

Vormittags 11 Uhr,

in unserem Geschäftskloster, Lang-

straße 43, anberaumt. (8033)

Danzig, den 24. April 1891.

Königl. Amtsgericht X.

Nach Christiania

liefert 1891

S.S. Thor.

E. Jörgensen.

Loge zur Elbinger Ausstellung-Lotterie à 1 M.
Loge zur Seettiner Pferde-Lotterie à M 1.
Loge zur Königsberger Pferde-Lotterie à M 1.
Loge zur Königsberger Pferde-Lotterie à M 1.
Loge zur Königsberger Pferde-Lotterie à M 1.
Loge zur Wormser Dombau-Geldlotterie à M 3,50.
Loge zur Berliner Kunstabstellschafts-Lotterie à M 1.
Loge zur Weimarer Silber-Lotterie à M 1 bei Th. Berling, Gerbergasse Nr. 2.

Violin-
und
Alavier - Unterricht
ertheilt
Friedrich Laade,
Hundegasse 119.

Apfelsinen! Apfelsinen!
groß zu handeln von 50 & an,
empfiehlt
Carl Studti,
Seit. Krämergasse Nr. 47, Ecke der
Hundegasse. (8074)

8 Brodbänkengasse 8.
Täglich frische feinste Centrifugen-Tafelsaucier, feinstes leibhaftig gefertigtes Land-Leber-Trüffel-Gardellen-, Blut- u. Cervelatwurst, der Gotthart nicht nachstehend, empfiehlt (6523)
G. Meves.

Echt persisches
Insektenpulver
erste frische Sendung
empfiehlt
Hans Opitz,
Drogerie und Parfümerie,
Gr. Krämergasse 6. (8066)

Tricot-Daillen,
Neuheiten,
große Auswahl,
billige Preise
bei (8072)
H. Liedtke,
Langgasse 26.

Corsets,
gute Fäçon,
billige Preise, reiche
Auswahl
bei (8072)
H. Liedtke,
Langgasse 26.

Corsets
über 300 Dz. auf Lager,
verkaufe ich zu sehr billigen
Preisen aus.
G. Böttcher,
Vorlechsenstrasse 1,
Corsettfabrik.

Bruteier,
Plym. Rocks und Plym. Rocks
und Italiener Kreuzung
8038) Tobiasgasse 24.

Feldetzenbahnen,
Stahlketten, Radräder,
empfehlen

Hodam & Ressler,
Danzig, Grüne Thorbrücke.

Delicatessen-Import- u. Waaren-Versandt-Haus

J. M. Kutschke-Danzig,

Langgasse — Gr. Gerbergasse,

eröffnet, dem Wunsche seiner werthgeschätzten Kundschaft folgend, am heutigen Tage in

— Zoppot, Seestrasse No. 12, —

ein Magazin für

Delicatessen, Colonialwaaren, Südfrüchte und Conserven.

Dem Principe treu bleibend, mit nur Bestem zu billigen Preisen aufzuwarten, bitte ich das neue Unternehmen durch geneigtes Hochachtungsvoll

J. M. Kutschke,

Danzig: Langgasse.

Zoppot: Seestrasse.

Bekanntmachung.

Das zur Oscar Goblick'schen Concursmasse gehörige, in Neufahrwasser befindliche

Colonialwaarenlager,
tarift auf ca. 1600 M. soll im Ganzen verkauft werden.
Ich habe zur Ermittelung des Meistgebots Termin auf

Donnerstag, den 30. April cr.,

Vormittags 11 Uhr,
in meinem Comtoir, Hundegasse 128, anberaumt, zu welchem
ich Kauflustige einlade. Belungsauctioon M 300. (8069)

Der Concursverwalter.

Georg Lorwein.

Sonnen-Schirme, größte Auswahl in Neuheiten.

Adalbert Karau,

Danzig. Schirm-Fabrik. Langgasse 35. (8070)

Federn

w. gewasch. hell gefärbt u. franz. frisiert. Größe w. in versch. Must.

ausgeschlagen. Plisse-Brennerei v. Geschw. Hef. II. Damm 5.

Marquisen-, Zelt- und Planleinen
empfiehlt zu billigen Preisen in größter Auswahl.
Ferner übernehme zur fachgemäßen Ausführung
compl. fertige Marquisen, Bettler-Rouleaux
alle Arten von Zelten, Wagen-,
Stacken- ic. Plane.

P. Bertram, Danzig,
Säfer-, Plane- und Dosen-Fabrik.
Milchkanngasse 6.


Nähmaschinen
für Familien und Handwerker.
Billigte Preise. Theilzahlungen.
Fahrräder,
Wasch- u. Ringmaschinen,
kauf- und leihweise.
Reparatur-Werkstatt.

A. Best,

Langenmarkt Nr. 35,
im früheren Laden v. R. T. Angerer
General-Agentur der Goewerschen
Nähmaschinen-Fabrik.

Eine geprüfte Lehrerin ertheilt
Privat- und Nachhilfesachen.
Adressen unter 8067 in der Ex-
pedition dieser Zeitung erbeten.

Erd- u. Metallfarben,
trocken und in Del abgerieben,
englische Wagentacke

von Harland u. Son, London,
Verkauf zu Fabrikpreisen.

Bernstein- und Copallade
für Fußböden, erstes gleich mit
Farbe, innerhalb 24 Stunden hart
trocken. (7581)

Blattgold, Blattsilber
und Broncen,
Horn-Maler- und Mauer-
pinsel.

Gtreichbüsten.

Stahlspachtel ic.,
Leinölfirnis, garantiert rein
laut chemischer Untersuchung.

Terpentinöl, Aienöl ic.
empfiehlt zu billigsten Preisen

H. Mansky,
Holzmarkt 27.

Raufmännischer
Berein von 1870.

Abtheilung
für Stellenvermittlung.

Empfiehlt sich den Herren Chefs
zur Stellenfreien Benutzung.

Bewerber jeder Branche und
Lehrlinge können sich melden.

J. Schmidt, Jopengasse 26.

Geschäftsführer der Stellen-
vermittlung.

30 Paar
Glacé-Handschuhe
für 60 Pfg.

auf Neu schnell zu reinigen
wird ermöglicht durch
Anwendung von „Dross“
Handschuhcreme“ (ge-
setzlich geschützt). Eine
Dose mit Gebrauchsweisung
60 &. Entfernt auch
Flecke aus Seide u. Wolle.

In Danzig bei Hans
Opitz, Gr. Krämergasse 6.

Das

Gilberne Medaille
Gefügel-Ausstellung.

Ein alt. gut erh. Flügel wird
billig verk. Schiffs. 6 vtr.

Einen jungen Mann

sucht für sein Betriebegeschäft

S. Schneider,

Gerdauen. (7783)

Ein Lehrling aus guter Fa-

mille mit Schulbildung und

schöner Handchrift kann sofort

gegen kleine Remuneration in

ein Betriebe-Gesellschaft hier

eingetreten. Offeren u. Nr. 8004 d. Ida. niederlaufen.

Gesucht

von einer renommierten, reellen

Weinhandlung

in Unterfranken (Bayern), ein

solider, fleischer

Vertreter

gegen hohe Provision, der in

Privatkunden beliebt und gut ein-

geführt ist. (8058)

Offeren unter A. 1388 an Rud.

Mosse, München.

Für meine Adler-Drogerie

suche ich einen (8079)

Lehrling.

Robert Laaser,

Apotheker.

Ein Conditorgehilfe,

der in seinem Fach tüchtiges leisten

kann, findet von 1. Mai ab

dauernde Stellung. Gehalt nach

Uebereinkunft.

Wo? sagt die Expedition dieser

Zeitung. (8037)

Ein Commis,

Materialist, der poln. Sprache

mächtig, kluger Verkäufer, sucht

geflüchtet auf gute Zeugnisse und

Referenzen, per 1. Mai et. dauerndes

Engagement.

Off. u. C. 13 in der Exped. der

Elbinger Zeitung in Elbing erb.

Guge e. Dame w. d. höh. Löchter-

Schule bei h. i. Vorlese, ferner

empf. e. Walkmannell u. e. Güte

der Haushalt, die schon als solche

gew. M. Wodack, Breitg. 41.

Auf einem von Buchen- u. Tan-

nenwald umgebenen kl. Gute,

mit Garten am See gelegen,

eineige Meter von Zoppot, ½ St.

von der Bahn, finden der Herren

gegen mäßige Pension. Herren

Jagd und Fischerei gestaltet.

Offeren unter 7885 befördert

die Expedition dieser Zeitung.

Zinglershöhe

ist das durch seine gefunde

Lage so bei Schweizerhaus

zu 3 u. 4 Stub. m. Zubeh.

zu solid. Preisen zu verm.

Auch ein Zimmer, m. u. ohne

Bekötigung sind z. verm.

3. Baumann,

Preizgasse 36. (8041)

Nähmaschinen - Reparaturen,

künstlerische und mechanische

Gegenstände. G. Blaga, Fraueng. 12.

Gutes geliehentes (7973)

Ghiffswerg

sucht

Gustav Fechner,

Ghiffswaumeister,

Königsberg i. Pr.

Rutscher-Röcke,

Ruts

Beilage zu Nr. 18865 der Danziger Zeitung.

Freitag, 24. April 1891.

Reichstag.

106. Sitzung vom 23. April.

2. Berathung des Arbeiterschutzgesetzes. Die neulich abgebrochene Debatte über § 153 wird fortgesetzt.

Abg. Möller (nat.-lib.) wird mit einem großen Theil seiner Freunde nur für den 1. Absatz des § 153 stimmen. Bezugnehmend auf die Broschüre "Ein Complot gegen die deutsche Arbeiterklasse" sieht Redner in den Coalitionen der Arbeitgeber nur die berechtigte Reaction gegen die Annahme der Arbeiter. Die Arbeitgeber sind immer ehrlicher gewesen als die Arbeiter, welche die unerhörtesten und unmoralischsten Zwangsmittel gegen ihre Genossen anwenden. Die Hamburger Tabakarbeiter gaben ihren strikten Genossen Unterstützungen nur als Darlehen, um sie dadurch an den Verband zu fesseln. (Lebhafte Unterbrechungen durch die Socialdemokraten). Gegen derartigen Zwang muß mit den schärfsten Strafen eingeschritten werden; denn es gibt nichts Verwerflicheres, als diese Hungerkur, welche in Zeiten des größten wirtschaftlichen Niederganges von gewissenlosen Agitatorn gegen die Arbeiter angewendet wird. (Stürmische Unterbrechungen durch die Socialdemokraten. Abg. Bebel wird durch den Vicepräsidenten Graf Ballestrem zur Ordnung gerufen.) § 153 sei ein Schuh für die Arbeiter, welche nicht versöhnen wollten.

Abg. Stoehel (Centr.) würde es sehr bedauern, wenn der vorliegende § 153 in der Fassung der Vorlage angenommen würde. Dass man mit solchen Paragraphen Strike verhüten könne, glaube er nicht. In Zeiten der Erregung würden sich die Arbeiter an solche Strafbestimmungen doch nicht kehren. Auch würden sehr oft Unschuldige bestraft werden, was — wie er aus genauer Kenntniß der Vorgänge beim Bergarbeiterstrike wisse — schon in der Vergangenheit passiert sei. Sei doch ein ihm bekannter Bergarbeiter bestraft worden, der in einer Versammlung nur zum Frieden geredet habe. Auch könnte man nicht in allen Fällen den Contractbruch für strafbar erkennen. Am wenigsten sollte man das "öffentliche" Vorgehen bei einem solchen Strike für strafbar erklären. Schon der Abg. Gutsfeisch habe treffend dargelegt, wie die Arbeitgeber in der Lage seien, hinter verschloßenen Thüren sich zu verabreden, während die Arbeitnehmer auf die Offenlichkeit angewiesen seien. Die Bestrafung öffentlicher Aufruhr zum Strike würde die erbitterten Arbeiter nur dazu zwingen, heimlich vorzugehen, im Dunkeln zu schleichen. Mit solchen Mitteln schaffe man keine Versöhnung! Er sei überzeugt, ginge man mit Arbeiterausschüssen vor, so würden die Arbeiter sehr wohl wissen, wen sie zu wählen haben: ältere, ruhige Leute. Dass die Schreier gerade nicht gewählt würden, zeige die Zusammenfassung der Knappschafts-Aeltesten. Wenn der Schwerpunkt auf diese Arbeiter-Organisationen gelegt werde, so würde mancher Strike vermieden werden. Er bittet daher ernstlich den § 153 abzulehnen.

Abg. Förster (Soc.) wendet sich gegen die vorherigen Ausführungen des Bevollmächtigten von Hamburg. Seine statistischen Angaben seien aus trüber Quelle geslossen. Hamburg sei der schlimmste Polizeistaat, den man sich denken könne. Man habe mit den Socialdemokraten in Hamburg vollkommen aufräumen wollen durch Verbote von Versammlungen,

Auflösung von Fachvereinen, ja sogar Überwachung von Vorstandssitzungen. Das Oberlandesgericht in Lübeck habe diese Anordnung der Hamburger Polizeibehörde nachträglich für ungesehlich erklärt. Die ganze Rede des Hamburger Regierungsvorverters sei einseitig und parteilich gewesen. Wenn er von einer Drangsalirung und Chikanirung durch die Arbeiter gesprochen habe, so habe die deutsche Sprache für das Verhalten der Hamburger Arbeitgeber und des Hamburger Polizeichefs Hachmann kein Wort.

Abg. Hammacher (nat.-lib.) glaubt nicht, dass jetzt noch schwarze Listen von den Arbeitgebern geführt werden. Auch ich erwarte von dem § 153 der Regierungsvorlage keine Beseitigung der Massenstreikes, wohl aber eine Verminderung der Contractbrüche, eine größere Beachtung von Recht und Gesetz durch die Arbeiter. Den Contractbruch bei dem großen Bergarbeiterstrike kann kein anständiger Mensch billigen. Ein Geist der Unzufriedenheit ist in die Bergleute gefahren durch die Agitationen der Socialdemokraten, ein glühender Hass gegen das Kapital hat sich ihrer bemächtigt. Ich freue mich aber, mittheile zu können, dass ein Theil der Bergleute sich von den socialdemokratischen Einfüssen freigehalten hat, dass ein Theil der Belegschaft des niederrheinisch-westfälischen Oberbergamtsbezirks sich entrüstet über das unpatriotische Verhalten auf dem Pariser Bergarbeitercongresse gezeigt hat, die es gewagt haben, Ruhestörer auf den Gräber der Communards niederzulegen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Gegenüber einem solchen Treiben der Socialdemokraten ist der § 153 der Regierungsvorlage nothwendig. Wenn er jetzt abgelehnt wird, werden in einigen Jahren viel schärfere Bestimmungen nothwendig sein.

Abg. Städtlager (Soc.): Der Bergarbeiterstrike ist durch den Vertragsbruch und die Erpressungen der Unternehmer herbeigeführt. Was die Pariser Commune mit dem deutschen Patriotismus zu thun habe, verstehe ich nicht. Die Helden der Commune sind im Kampfe für die Rechte der Unterdrückten alter Nationen gefallen. Schwarze Listen der Unternehmerverbände bestehen trotz aller Ableugnungen weiter fort. Die Regierungsvorlage hat nur den Zweck, jede selbständige Regierung der Arbeiter zu unterdrücken; sie ist ein unlauteres Kampfmittel gegen die Arbeiter. Hr. Hartmann hat unseren Antrag auf Bestrafung der Arbeitgeber haarräubend genannt; das mag er sein, aber er ist die einfache Consequenz dessen, was das Reichsgericht in zahlreichen Erkenntnissen über die Bedeutung des § 153 niebergelegt hat. Der § 331 des Strafgesetzbuches ist durch den Berliner Polizeipräsidenten nicht verletzt worden; das ist richtig; aber der Herr hat seine untergebenen Beamten zur Annahme des Geschenkes veranlaßt; in demselben Augenblicke wurde er Ankläger, und dieser ist nach § 48 ebenfalls strafbar. Der Minister selbst spricht davon, daß das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit geschelt hat, daraus ergibt sich doch, daß die Sache auf ihre Rechtsbeständigkeit geprüft werden muss. Wenn solche Sachen ganz und gäbe sind . . . (Präsident v. Levetzow erklärt diese Grörerungen für nicht zur Sache gehörig.) Nehmen Sie unseren Antrag an, dann geben Sie damit dem gleichen Recht für alle die Ehre!

Hamb. Senator Burchard nimmt die Hamburger Polizei gegen die Angriffe der Socialdemokraten in

Schutz. Als Beweis dafür, wie die socialdemokratische Presse die Rechtsbegriffe der Arbeiter verwirre, führt Redner einen Artikel aus einem socialdemokratischen Blatte an, in welchem es als eine Fälschung der Geschichte bezeichnet sei, daß Bismarck sich um die Gründung des Reiches besondere Verdienste erworben habe. (Große Heiterkeit, namentlich bei den Socialdemokraten.) Abg. Bebel habe sich erlaubt, vor der Hamburger Wählerschaft zu behaupten, auch Christus würde, wenn er heute leben würde, unter das Socialistengesetz kommen und nach dem § 130 und 131 des Strafgesetzbuches mit Gefängnis nicht unter 1 Jahr bestraft werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Solche Versammlungen zu verbieten, sei Pflicht der Polizei.

Abg. v. Stumm (Reichsp.): Wenn es inhuman sein soll, Arbeiter aus der Arbeit zu entlassen, wie inhuman sind dann die Socialdemokraten, welche Arbeiter zwingen, aus der Arbeit zu gehen! Die Socialdemokraten vergriffen das patriotische und religiöse Gefühl der Arbeiter. Die Strafverschärfung im § 153 ist durchaus nothwendig. Die Discussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt

Abg. Bebel: Ich bestreite nicht die Richtigkeit der Aeußerungen, welche der Bundescommissar für Hamburg von mir angeführt hat, kann es aber nicht verstehen, in welchem Zusammenhang jene Aeußerungen mit § 153 stehen. Seine Vorschriften aber über das, was ich mir erlauben darf und was nicht, muß ich mir als eine unberechtigte Einmischung in meine persönliche Freiheit verbitten.

Die Abstimmung über die einzelnen Absätze ist eine getrennte, und zwar über den Absatz, welcher die Strafbestimmungen enthält, eine namentliche. Der Abs. 1 wird mit 142 gegen 78 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen die Conservativen, Reichspartei geschlossen, sowie der größte Theil der Nationalliberalen. Dagegen stimmen geschlossen Freisinnige und Volkspartei, Socialdemokraten, Centrum, Polen, Elsässer, Welsen und die nationalliberalen Abgg. Büsing, Hastedt, Höffmann und Giegle, von den Wilden u. a. Prinz zu Schoenaih-Carolath und Rössler. Ebenso wird die Bestimmung über die Bestrafung wegen Aufruhr zum Contractbruch, also der ganze § 153 abgelehnt, und ebenso der Antrag Auer. Es bleibt also der § 153 der gegenwärtigen Gewerbeordnung bestehen.

§ 154 (Ausdehnung der Schutzbedingungen für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen auf die durch elementare Kraft jeder Art bewegte Triebwerke, und durch kaiserliche Verordnung auch auf andere Werkstätten und Bauten) wird mit Ausnahmefreigaben des Bundesrats, unter Ablehnung eines Antrags Auer, welcher diese beseitigen will, nach kurzer Discussion angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Damit ist die zweite Berathung der Vorlage beendet.
Nächste Sitzung Freitag.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 23. April. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 220—230. — Roggen loco fest, medlenburgischer loco neuer 195—203, russ. loco ruhig 148—150. — Hafer fest. — Gerste fest. — Rüböl (unverpolzt) fest, loco 64. — Spiritus matt, per April-Mai 35 $\frac{1}{2}$ Br., per Mai-Juni 35 $\frac{1}{2}$ Br., per Juli-August 36 $\frac{1}{2}$ Br., per Septbr.-Oktbr. 37 Br. — Kaffee fest, ruhig. Umsatz 1500 Sach. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6,45 Br., per August-Dezbr. 6,70 Br. — Wetter: brachtvoll.

Hamburg, 23. April. Zuckermarkt. Rübenrohrpuder 1. Product Basis 88% Rendement, neue Ustance, f. a. V. Hamburg, per April 13,05, per Mai 13,50, per August 13,70, per Dezember 12,60. Matt.

Hamburg, 23. April. Kaffee. Good average Santos per April 87, per Mai 86 $\frac{1}{2}$, per Septbr. 82, per Dezember 73 $\frac{1}{4}$. Schleppend.

Bremen, 23. April. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 6,40 Br. Ruhig.

Havre, 23. April. Kaffee. Good average Santos per Mai 106,75, per Septbr. 102,75, per Dezember 92,25. Ruhig.

Frankfurt a. M., 23. April. Effecten-Societät. (Schluß.) Creditactien 263 $\frac{1}{2}$, Franzen 218 $\frac{1}{2}$, Lombarden 100%, 4% ungar. Goldrente 92,30, Gotthard-bahn 160,30, Disconto-Commandit 196,00, Dresden-Bank 148,80, Laurahütte 125,00, Gelsenkirchen 155,00. Fest.

Wien, 23. April. (Schluß-Course.) Oester. Papierrente 92,50, do. 5% do. 101,80, do. Silberrente 92,50, 4% Goldrente 110,90, do. ungar. Goldrente 105,45, 5% Papierrente 101,35, 1880er Loos 139,75, Anglo-Aust. 161,00, Länderbank 217,80, Creditactien 300,25, Unionbank 237,50, ungar. Creditactien 343,50, Wiener Bankverein 114,00. Böh. Westbahn —, Böh. Nordbahn —, Busch. Eisenbahn 492,50, Dur. Bodenbacher —, Eibelthalbahn 222,50, Nordbahn 2790,00, Franzen 249,50, Galizier 213,50, Lemberg-Tern. 245,75, Lombarden 115,90, Nordwestbahn 211,75, Barbubith 179,50, Alp.-Mont.-Act. 97,10, Tabakactien 161,00, Amsterd. Wechsel 96,25, Deutsche Plätze 57,15, Londoner Wechsel 116,55, Pariser Wechsel 46,17 $\frac{1}{2}$, Napoleons 9,24, Marknoten 57,10, Russische Banknoten 1,37 $\frac{1}{2}$, Silbercoupons 100.

Amsterdam, 23. April. Getreidemarkt. Weizen per Noovbr. 265. Roggen per Mai 187—188—189—190, per Oktober 177—176—177—178—179.

Antwerpen, 23. April. Weizen behauptet. Roggen fest. Hafer fest. Gerste unverändert.

Antwerpen, 23. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffiniertes Lippe weiß loco 16 $\frac{1}{2}$ bei. und Br., per April 16 $\frac{1}{2}$ Br., per Mai 15 $\frac{1}{2}$ Br., per Juni 16 Br., per Sept.-Dezember 16 $\frac{1}{2}$ Br. Ruhig.

Paris, 23. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per April 31,60, per Mai 31,80, per Mai-August 30,70, per Sept.-Dezbr. 29,90. — Roggen ruhig, per April 19,90, per Sept.-Dezbr. 19,60. — Mehl ruhig, per April 66,50, per Mai 65,40, per Mai-August 65,60, per Sept.-Dezbr. 65,60. — Rüböl fest, per April 78,25, per Mai 78,50, per Mai-Aug. 79,25, per Septbr.-Dezbr. 81,50. — Spiritus fest, per April 40,50, per Mai 41,00, per Mai-August 41,25, per Septbr.-Dezbr. 40,25. — Wetter: schön.

Paris, 23. April. (Schlußcourse.) 3% amortisirb. Rente 95,05, 3% Rente 94,77 $\frac{1}{2}$, 4 $\frac{1}{2}$ % Ant. 105,90, 5% ital. Rente 93,80, öster. Gold. 96 $\frac{1}{2}$, 4% ungar. Goldrente 92,75, 3. Orientanteile 77,68, 4% Russen 1880 —, 4% Russen 1889 98,95, 4% unific. Aegypter 496,87, 4% span. äußere Anteile 75 $\frac{1}{2}$, conv. Türken 18,95, türk. Loos 75,00, 4% privilegierte türk. Obligationen 421,25, Franzosen 550,00, Lombarden 273,75, Lomb. Prioritäten 328,75, Banque ottomane 608,75, Banque de Paris 805,00, Banque d'Escompte 512,50, Credit foncier 1265,00, mobiliter 402,50, Meritonal-Actien 685, Panamakanal-Actien —, do. 5% Obligat. 27,50, Rio Tinto-Actien 587,50, Guékanal-Actien 2522,50, Gai Parisien 1400, Credit Chonnois 777,00, Gai pour le Fr. et l'Etrang. —, Transatlantique 552,00, B. de France 4385,00, Ville de Paris de 1871 405,00, Tab. Ottom. 350,00, 2 $\frac{1}{2}$ % engl. Contols 96, Wechsel auf deutsc. Plätze 122 $\frac{1}{2}$, Londoner Wechsel kurz 25,26, Cheques a. London 25,27 $\frac{1}{2}$, Wechsel Wien kurz 214,25, do. Amsterdam kurz 206,62, do. Madrid kurz 486,75, C. d'Esc. neue 608, Robinson-Act. 63,75, Neue 3% Rente 93,32.

